

Seniorenpolitische Leitlinien für Mecklenburg-Vorpommern!

DIE LINKE setzt sich ein:

- für ein Leben in Würde, frei von Altersarmut und Diskriminierung;
- für die gleichberechtigte Teilnahme Älterer am gesellschaftlichen Leben;
- für eine bedarfsgerechte Versorgung im Alter, bei Krankheit, Behinderung und Pflege;
- für die Solidarität zwischen den Generationen.

Wir fordern den Erhalt und Ausbau der gesetzlichen Rentenversicherung!

Die gesetzliche Rentenversicherung ist als Umlageversicherung zu erhalten. Da die heutigen Rentnerinnen und Rentner im Laufe ihres Erwerbs- und Familienlebens für die Generationen vor und nach ihnen gesorgt haben, haben sie das Recht, im Alter gut versorgt zu werden.

Den Rentenkürzungen der vergangenen Jahre, der Heraufsetzung des Rentenalters und der zunehmenden Besteuerung der Renten stimmen wir nicht zu.

Die Altersrente mit 67 ist eine versteckte Rentenkürzung. Die Möglichkeit, ab 63 Lebensjahren abzugsfrei in Rente gehen zu können, nützt den meisten Menschen im Osten nicht, da sie nicht über die geforderten 45 Versicherungsjahre verfügen. DIE LINKE fordert daher, dass die Regierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat aktiv dafür eintritt, die Rentenkürzungen zu stoppen, die Rentenberechnung Ost an West unverzüglich anzugleichen, das Renteneintrittsalter von 67 abzusenken und das Prinzip der Lebensstandardsicherung wieder in die gesetzliche Rentenversicherung einzuführen.

Wir kämpfen gegen die Verschlechterung der sozialen Sicherungssysteme!

In den letzten Jahren sind die Leistungen der sozialen Sicherungssysteme abgebaut worden. Das soziale Sicherungsniveau wurde immer weiter gesenkt. Große Teile der Alters- und Gesundheitsversorgung wurden privatisiert. Dadurch vergrößert sich die Altersarmut, insbesondere im Osten Deutschlands.

Wir fordern eine armutsfeste Alterssicherung!

Sie nimmt den Menschen die Angst vor Verelendung im Alter und ermöglicht ihnen die Teilhabe an der Gesellschaft, an Kultur und Bildung. Wir fordern einen Mindestlohn, der ein Leben ohne Sozialhilfe möglich macht. Wir fordern den Abbau prekärer Beschäftigung und eine bessere Berücksichtigung von Kindererziehung und Pflege in der Rentenberechnung.

Arbeitgeber sollten verpflichtet werden, allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine betriebliche Altersvorsorge anzubieten, die bei Arbeitsstellenwechsel überschrieben wird.

Leistungen des Gesundheitswesens, der Pflege und für behinderte Menschen sind Teil der Daseinsfürsorge!

Der Staat steht hier in der Verantwortung. Er hat sicherzustellen, dass die Leistungen dem wissenschaftlichen Standard entsprechen und bedarfsgerecht, mit entsprechend ausgebildetem und motiviertem Personal angeboten werden.

Sowohl das Angebot als auch die Einrichtungen sind verstärkt durch unabhängige Gremien zu kontrollieren, in denen auch die betroffenen Nutzer vertreten sind.

Die Einrichtungen sind angemessen solidarisch zu finanzieren. Zuzahlungen und andere Formen privater Finanzierung lehnen wir ab. Leistungen zum Erhalt oder der Wiederherstellung der Gesundheit, für das erträgliche Leben mit Krankheit oder Behinderung sollen nicht vom Geldbeutel abhängen. Leben und Sterben sollen selbstbestimmt und in Würde erfolgen.

Für die Beratung in allen Fragen der Unterstützung von älteren, pflegebedürftigen oder behinderten Menschen sind die Pflegestützpunkte überall im Land, wohnortnah, einzurichten und für die Organisation der verschiedenen Hilfen und Unterstützungsmöglichkeiten zu ertüchtigen.

Anpassung von Wohnungen, öffentlichem Raum und Infrastruktur an den Menschen!
Damit ältere, behinderte oder pflegebedürftige Menschen in ihren Wohnungen bleiben können, so lange sie es wünschen, müssen die Wohnungen und das Wohnumfeld für die Bedürfnisse der Bewohner ertüchtigt werden. Barrieren sind abzubauen oder zu verringern, bei sozial verträglichen Mieten. Hierfür ist der soziale Wohnungsbau zu forcieren.

Die Infrastruktur und der öffentliche Personenverkehr sind an die Bedürfnisse einer älter werdenden und damit vielfach nicht mehr so mobilen Bevölkerung anzupassen. Die notwendigen Infrastruktureinrichtungen des Handels, des Gesundheitswesens, aber auch des Personenverkehrs müssen für alle Bürger erreichbar und nutzbar sein. Für eine bessere Mobilität und größere Sicherheit im Wohnumfeld fordern wir unter anderem eine bessere Ausleuchtung, mehr Gehsteigabsenkungen und längere Grünphasen bei den Lichtsignalanlagen.

Mehr Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten für Senioren

Die Interessen der älteren Bürger müssen besser als bisher in Politik und Gesellschaft wahrgenommen und vertreten werden. Seniorinnen und Senioren brauchen mehr Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten!

Ehrenamtliches Engagement bildet eine Möglichkeit. Dabei gewinnen alle. Denjenigen, die sich engagieren, bringt es soziale Kontakte und die Zufriedenheit darüber, etwas Sinnvolles zu tun und gebraucht zu werden. Wir fordern, dass überall im Land die notwendigen Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Arbeit geschaffen werden.

Dazu gehören Information, fachliche Begleitung und die Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen, auch durch eine einkommensabhängige Seniorenkarte für den Personenverkehr und kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen.

Das Ehrenamt darf nicht dazu dienen, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze abzubauen. Ehrenamtliche Arbeit als Lückenbüßer und Ersatz für den Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung lehnen wir ab!

Unsere Forderungen sind bezahlbar

Wenn die Vermögenssteuer wieder eingeführt wird und alle Bürger sozialversicherungspflichtig werden, also auch Beamte, Parlamentarier und Unternehmer, können unsere Forderungen ohne Beitragserhöhungen bei den Kranken- und Pflegekassen sowie der Rentenversicherung finanziert werden.

Altersweisheit wählt links!

Sie benötigen weitere Infos?

Sie wollen bei uns mitmachen?

Wir freuen uns auf Sie!

Kontakt:

Landesarbeitsgemeinschaft der Senioren im Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern, Karl-Ludwig Spengler, Vorsitzender der LAG, Martinstraße 1/1a, 19053 Schwerin